

## **Eine Folgeveranstaltung der Oekumenischen Versammlung in Mainz 2014 fordert auf einem Ratschlag eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Werte und Ziele der Wirtschaft**

### **Anhäufung von Krisen**

Die auf Konkurrenz und Geldvermehrung ausgerichtete Wirtschaftsweise der wohlhabenden Länder bewirkt eine Anhäufung von fundamentalen Krisen. Angesichts der ökologischen, sozialen und finanzpolitischen Fehlsteuerungen in diesem System ist das Leben von Millionen Menschen bedroht. Ein großer Teil der Menschen muss unter menschenunwürdigen Verhältnissen leben, dabei nimmt gleichzeitig der Reichtum einer Minderheit fortwährend zu. Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Ratschlags „Die Schuldenkrise – eine Krise des Kapitalismus“, die sich am Rande des Kirchentages in Stuttgart getroffen haben, erheben Einspruch gegen diese Art des Wirtschaftens und fordern den Aufbruch zu einer anderen, dem Leben dienenden Wirtschaftsweise.

### **Beispiel Schuldenkrise**

Angesichts der aktuellen Auseinandersetzung um die vermeintliche Tilgungspflicht der griechischen Regierung greifen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Ratschlags<sup>1</sup> die Problematik der Staatsverschuldung in den ärmeren Ländern auf. Von den zerstörerischen Tilgungsverpflichtungen sind nicht nur Griechenland, sondern weltweit zahlreiche andere Länder, betroffen. Die Krise in Griechenland ist Teil der globalen Krise des Kapitalismus. Das neoliberale Regime hat Menschen und Staaten in Armut und Schulden getrieben. Eine kleine Klasse von Vermögenden zieht ihren Nutzen daraus.

Als Bürgerinnen und Bürger, als Europäerinnen und Europäer schämen wir uns über die Hartherzigkeit, ja die Brutalität, mit der gerade von unserer deutschen Bundesregierung ohne Rücksicht auf die betroffenen Menschen, ohne Blick auf die Arbeitnehmer- und Menschenrechte das neoliberale Austeritätsprogramm durchgesetzt wird.

Wir sagen: Menschen sind wichtiger als Schulden. Schulden müssen erlassen werden, wenn sie nicht zurückgezahlt werden können und zu Verelendung und Armut führen.

Gerade in Krisenzeiten profitieren unverantwortliche Gläubiger von dem Sonderstatus überschuldeter Staaten: Wenn sich die Investitionen auszahlen, machen sie Profit. Wenn ein Land nicht mehr zahlen kann, springt der Steuerzahler ein - auch dann bleibt Profit gesichert. Solange der Gläubiger mit keinem Zahlungsausfall rechnen muss, sieht er nur wenig Anlass zur gründlichen Risikoprüfung und verantwortlicher Kreditvergabe. Von Steuergeldern bezahlte Rettungsschirme wie im Falle Griechenlands oder ewige Umschuldungen wie sie afrikanische Länder kennen sind keine Lösung des eigentlichen Problems, sondern verzögern und verteuern dieses nur. Das Land bleibt damit in der Schulden Spirale gefangen.

### **Ausweg Insolvenzverfahren**

Ein möglicher Ausweg bietet ein internationales Insolvenzverfahren. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer internationalen Insolvenzordnung nach dem Vorbild der Londoner Schuldenkonferenz. Die mögliche Zurückzahlung von Schulden soll dabei an soziale und ökologische Bedingungen gebunden sein. Bis zur Klärung in einer Schuldenkonferenz ist ein Zins- und Schuldenmoratorium vorzusehen.

---

<sup>1</sup> Im weiteren Verlauf des Textes steht statt „die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Ratschlags“ lediglich „Wir“

Wir fordern

- ein EU-finanziertes wirtschaftliches Aufbauprogramm.
- Ein faires und transparentes Schiedsverfahren für überschuldete Staaten, damit die –
  - o Bevölkerung des Schuldnerlandes und ihre Grundversorgung geschützt sind
  - o Gläubiger an den Kosten einer Schuldenkrise beteiligt werden
  - o Kreditvergabe verantwortungsvoller wird

Wir setzen uns für ein neues, sozial ausgerichtetes Europa, das auf den allgemeinen Menschenrechten gründet, ein. Die wirtschaftliche Entwicklung muss sich an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren.

### **Wie wollen wir wirtschaften? – ein dringend notwendiger gesellschaftlicher Diskurs**

Die Umsetzung der hier vorgeschlagenen Maßnahmen bietet eine sinnvolle und notwendige Möglichkeit, um den verschuldeten Staaten in der aktuellen Situation eine Perspektive aufzuzeigen. Uns ist bewusst, dass damit die Ursachen der eingangs beschriebenen Krisen nicht beseitigt werden. Ein Problem, das an einer Stelle gelöst scheint, bricht an einer anderen Stelle wieder auf. Wir sprechen uns deshalb für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über eine Neuorientierung der Wirtschaft aus, in der statt der Fixierung auf die Rendite die Orientierung am Gemeinwohl im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Aktivitäten steht. Hierzu gibt es zahlreiche Vorschläge und Konzepte.